

Mitte Okt.'07

*Dem Spiel fehlen
die öffnenden Pässe*

*Merkels Linie im
Für und Wider*

– Teil 6 –

Fritz W. Peter

Themenpunkte:

- > *Perspektiven der Politik?*
- > *UN-Sicherheitsrat mit deutschem Sitz?*

Vorbemerkung:

Es fehlen die öffnenden Pässe – wir sehen ein uninspiriertes Spiel. Elf Ausputzer sind auf dem Platz. Wie lange schaut sich die Bevölkerung das noch an?

SPD steht für Stagnative Partei Deutschlands und CDU für Chronisch Defensive Union. Zusammen lungern sie auf dem Platz herum, statt aufzuspielen, und jeder wirklich harte Gegner wird sie putzen. Es gibt diese Gegner – z.B. eine schlechte Konjunktur oder eine außenpolitische Krise. Oder das Erstarren des linken oder rechten Rands. Die relative, zum Teil nur eingebildete, Schönwetterperiode nach Ende des Ostblocks kann durch wesentlich raueres Wetter abgelöst werden, als wir es derzeit haben – Iran, Russland, China sind nur Stichworte. Wie kann es sein, dass deutsche Politik eine solche Verweigerungshaltung zeigt?

Das Kürzel „BRD“ habe ich stets zu vermeiden gesucht – in all den Jahren, als es in der Linken meist so verächtlich gebraucht wurde wie das Kürzel „FDGO“. Mit abschätzigem Gestus wurde damit gern Distanz zur *freiheitlich-demokratischen Grundordnung* signalisiert. Heute übersetze ich mir die drei Buchstaben „BRD“ mit „Bürokratisch-Restauratives Deutschland“ – versuche aber immer noch, die Bezeichnung zu vermeiden. Nur leider drängt sich eine Bedeutung wie z.B. die letztgenannte hartnäckig auf.

Wer unbedingt den UN-Sicherheitsrat zu einer „europäischen Vollversammlung“ machen möchte, betreibt „Symbolpolitik“, bewegt sich in gefährlicher Nähe einer unernensten Politik (wie wir sie aus Schröders Zeit kennen), und wer unbedingt an der adelnden Formel von der „strategischen Partnerschaft“ mit einem Regime festhalten möchte, das die mühsamen Anfänge demokratischer Entwicklung im Land mit zynischem Selbstbewusstsein liquidiert, benutzt floskelhafte Sprache und verlegt sich auf unfundierte politische Strategien. Vielleicht hat Deutschland ja keine seriösere Politik verdient, aber dann wäre es vielleicht auch egal, wer dieses Land regiert. Oder?

Nachfolgend wiedergegebene Schreiben sind insofern der Versuch und die unmaßgebliche Bitte, der Spielzeit von G. Schröder und S. Christiansen nicht eine zweite folgen zu lassen.

Fritz W. Peter

Wuppertal, d. 16. Okt. 2007

**Herrn Kanzleramtsminister
Thomas de Maizière
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin**

Ideenbeitrag zu 3 aktuellen Streitthemen

Sehr geehrter Herr Minister de Maizière,

gern möchte ich anhand anliegender Texte Überlegungen zu drei aktuellen Streitthemen einbringen. Zwar wäre ich naiv zu glauben, dass davon Notiz genommen wird, doch denke ich, dass der Gewinn den Aufwand einer Kenntnisnahme rechtfertigen könnte. Mit deutlich resignativem Unterton übersende ich also nochmals einige Ideenbeiträge – so wie ich es früher mit mehr Optimismus tat, bis der Eindruck entstand, auch mit fundierten Schriften etwa so erwünscht zu sein wie der Besucher eines DDR-Restaurants beim staatlich angestellten Bedienungspersonal. Ich bitte also um einen Hauch von strategischer Partnerschaft mit dem Bürger im eigenen Land, in diesem Fall meiner Wenigkeit.

Die Ressourcen des Kanzleramts sind sicher um einige Potenzen größer als die meinigen. Ob dies allerdings die geistige Unabhängigkeit aufwiegt, die ich mir beim Blick auf die Politik erarbeitet und bewahrt habe, darf ich als Frage offen lassen.

Als CDU-Mitglied mit 26 Jahren Mitgliedschaft (der sich zudem vor zahllosen örtlichen Engagements nicht gedrückt hat – und „den Laden“ ganz gut kennt) werden die nächsten *Bundestagswahlen* eine Wahl des geringsten Übels, nicht jedoch eine Wahl der *emotionalen, energischen* Zustimmung zur eigenen Partei sein. Sollten Sie jetzt annehmen, dass hier Klage aus der „konservativen Ecke“ geführt wird, so geht dies fehl. Ich argumentiere aus progressivem Anspruch.

b.w.

Dies zu verifizieren wäre ein Leichtes. Schon ein Blick in den Text, der Frau Dr. Merkel einige Tage vor ihrem TV-Duell mit Gerd Schröder erreichte und den sie umgehend mit einem deutlichen Dank für den Inhalt beantwortete, macht klar, dass mich eine politische Perspektive der Veränderung und Fokussierung, der Ernüchterung und Erneuerung motiviert – und nicht ein konservativer *Rückfall* oder „christsozialdemokratischer“ *Anfall* oder ähnliche Sackgassen.

Peter, „Kanzlerduell und politische Vision“, Juli 2005 (12 S.)

www.wadinet.de/news/dokus/30_Kanzlerduell.pdf

[siehe auch Titelliste, **Anlage a) und b)**]

Es folgten damals weitere Texte, die auch mit Dank quittiert wurden.

Es geht hier nicht um Selbstbeweihräucherung, sondern ein klares Wort in einer immer verwaschener werdenden politischen Landschaft, die ja fast schon nach einem linken Demagogen ruft, weil die Konturen eines bürgerlichen Regierungsprogramms für den mitdenkenden Bürger abhanden zu kommen scheinen. —

Der anliegende Text „Merkels Linie im Für und Wider“/„Teil 5“, behandelt diese grundsätzliche Thematik – unter anderem bezüglich des Themas eines deutschen UNSR-Sitzes. Dies geschieht mit dem Stilmittel des Humors. Zahlreichen Unionsabgeordneten ist das Papier bereits zugegangen.

Meinem Brief füge ich zudem die Kopie eines Kommentars für die WELT-Redaktion bei, in dem dasselbe Politikbeispiel angesprochen ist [**Anlage c)**]. —

Der ALG-1-Text enthält den Hinweis auf eine Lösungsvariante, die Schaden abwenden könnte und eine Perspektive gäbe. —

Die Beiträge zum Irak-Iran-Thema begründen und verdeutlichen einen möglichen konstruktiven Ansatzpunkt der Politik (statt der praktizierten defensiven Haltung, die doch so überaus perspektivlos ist). —

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

[gez. Peter]

Anlagen:

a) je 3 Exemplare folgender Textbeiträge:

Merkels Linie im Für und Wider. Teil 5

[zum Thema: UN-Sicherheitsrat mit deutschem Sitz]

www.wadinet.de/news/dokus/2007_Merkels-Linie-im-Fuer-und-Wider.pdf

Peter, Okt. 2007 (12 S.)

ALG-1: Ein progressiver Lösungsvorschlag

[statt verlängertem Leistungsbezug verbesserte Vermittlungstätigkeit]

www.wadinet.de/news/dokus/2006_ALG-1-Loesungsvorschlag.pdf

Peter, Okt. 2007 (6 S.)

Irak-Politik: Bricht Washingtons Lernkurve 5 vor 12 ab?

[notwendige Regionalisierung Iraks; mögliche Folgen am Beispiel Südirak]

www.wadinet.de/news/dokus/1999_Irak-Teilungskonzept-und-Beispiel.pdf

Peter, Sept. 2007 (20 S.)

Irak, Iran: Frankfurter Allgemeine nicht immer Spitze!

[zur Kritik an zwei außenpolitischen Herausgeber-Kommentaren]

www.wadinet.de/news/dokus/2000_FAZ-nicht-immer-Spitze.pdf

Peter, Okt. 2007 (20 S.)

Afghanistan. Enttäuschung über deutsche und rot-grüne „zivilgesellschaftliche Stärken“

[das Schicksal einer Parlamentarischen Anfrage]

www.wadinet.de/news/dokus/1266_Regierungskompetenz.pdf

Peter, Jan. 2007/2002 (12 S.)

„Strategische Partnerschaft“ – Politikformel zum Beschweigen der Gegensätze. Mit einem Offenen Brief an die Kanzlerin

www.wadinet.de/news/dokus/1600_Leerformel-StrategPartnerschaft.pdf

April 2007 (12 S.)

b) Auszug einer Titelliste; hier nur „domestic policy“-Themen

Merkels Linie im Für und Wider. Ein unfrasierter mail-Dialog

[zur Frage der Umsteuerung und der Perspektiven der Politik] **1. Teil**,

www.wadinet.de/news/dokus/874_Merkels-Linie_Ein-unfrasierter-Dialog.pdf

Peter, Okt. 2006 (14 S.)

Neustart einer Regierung – gedankliche Schritte zum Erfolg

[Aspekte der Regierungsbildung u. künftigen Koalitionspolitik]

www.wadinet.de/news/dokus/10_Neustart-Regierung-3-11-05.pdf

Peter, Nov. 2005 (20 S.)

Gerhard Schröder – Der Ermächtigungskanzler

[ein krasser Fall von Realitätsleugnung nach verlorener Wahl]

www.wadinet.de/news/dokus/46_Der-Ermaechtigungskanzler.pdf

Peter, Okt. 2005 (2 S.)

Grüne – kommt raus aus den sozialdemokratischen Windeln

[radikal-bürgerliche statt anti-bürgerliche Perspektive erforderlich]

www.wadinet.de/news/dokus/44_Sozialdemokratische-Windeln-ablegen.pdf

Peter, Sept. 2005 (4 S.)

Gerhard Schröder – Politik ohne Begriff

[zu Schröders unbedarfter Wortschöpfung „Entstaatlichkeit“...]

www.wadinet.de/news/dokus/40_Schroeders-Entstaatlichkeit.pdf

Peter, Sept. 2005 (4 S.)

In der Krise etabliert sich neue Autorität

[Standvermögen und Ratio in der Haltung Merkels]

www.wadinet.de/news/dokus/38_Krise-und-neue-Autoritaet.pdf

Peter, Sept. 2005 (6 S.)

Pragmatik und Systematik im politischen Handeln

[Grundlinien einer Politik mit System und Perspektive]

www.wadinet.de/news/dokus/36_Pragmatik-und-Systematik.pdf

Peter, Aug. 2005 (8 S.)

Klammheimliche Rückkehr der Ratio in die Politik

[das Ende eines 7-jährigen Zwischenspiels rückt näher]

www.wadinet.de/news/dokus/34_Rueckkehr-der-Ratio-in-die-Politik.pdf

Peter, Juli 2005 (6 S.)

Nach Rotgrün: Weg frei für fundiertere Politik

www.wadinet.de/news/dokus/32_fuer-fundierte-Politik.pdf

Peter, Juli 2005 (6 S.)

Kanzlerduell – und politische Vision

[vor dem TV-Duell Merkel-Schröder]

www.wadinet.de/news/dokus/30_Kanzlerduell.pdf

Peter, Juli 2005 (12 S.)

Berlusconisierung der deutschen Politik

[das gezinkte Bundestags-Misstrauensvotum]

www.wadinet.de/news/dokus/Berlusconisierung.pdf

Peter, Juli 2005 (4 S.)

***Gerhard Schröder. Von der Politik der ruhigen Hand
zur Politik der leeren Hand***

www.wadinet.de/news/dokus/28_Politik-der-leeren-Hand.pdf

Peter, Juli 2005 (4 S.)

c) Mail an Richard Herzinger, plus der kürzlichen Beiträge Herzingers zum UN-Sicherheitsrats-Thema in WELT bzw. Welt am Sonntag

From: [Fritz W. Peter](#)
To: [Richard Herzinger](#)
Sent: Monday, October 15, 2007 5:00 PM
Subject: Grenzen der Symbolpolitik

Sehr geehrter Herr Herzinger,

für Ihre Beiträge zum UN-Thema und der Frage eines deutschen SR-Sitzes möchte ich mich bei Ihnen bedanken. Eine Polemik zum Thema „Stühlchen-Agenda“ enthält anliegender Beitrag „Merkels Linie im Für und Wider. Ein Dialog“/„Teil 5“. Erläutert wird die -- an sich ja nicht so schwer zu kapierende -- Position, den UNSR nicht zu einer europ. Vollversammlung zu machen. Freilich stößt solches Denken an die Grenzen eines verbreiteten deutschen Auffassungsvermögens. Eben darum danke ich Ihnen für Ihre kürzlichen Beiträge (v. 27.9.07: „UN-Reform ja -- aber anders“, 14.10.07: WamS, „Grenzen der Symbolpolitik“).

Die Frage, ob es trotz der Verfehltheit deutscher derzeitiger Ambitionen DENNOCH richtig ist, von UNIONS-Seite der SPD und der linken hiesigen Träumer-Gemeinde das Thema zu klauen (das letztere Wort hier bewusst ohne Anführungszeichen), lassen Sie in Ihren Texten unbehandelt bzw. offen. Da ist mein Beitrag auch nicht besser. Zwar läuft der deutsche Anspruch Gefahr, den Vorwurf der Debität (ohne Anführungsstriche) auf sich zu ziehen, jedoch muss man „lustigerweise“ (Anführungsstriche) zugestehen bzw. verwundert einräumen, dass es ein nicht völlig idiotischer Versuch ist, das Thema als linke Waffe für künftige Wahlkämpfe stumpf zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Fritz W. Peter

Anlage: „Merkels Linie im Für und Wider“, Teil 5, Okt.'07 (12 S.)

www.wadinet.de/news/dokus/2007_Merkels-Linie-im-Fuer-und-Wider.pdf

WELT am Sonntag – 14.10.07

Von Richard Herzinger

Grenzen der Symbolpolitik

Richard Herzinger findet, dass Deutschland seinem Anspruch auf eine globale Führungsrolle noch längst nicht gewachsen ist. In Afghanistan wird dies drastisch deutlich...

Mit der Entscheidung des Bundestags, das Mandat für die Bundeswehr in Afghanistan um ein Jahr zu verlängern, sind die Probleme der Bundesregierung nicht kleiner geworden, die deutsche Mission am Hindukusch zum Erfolg zu führen.

Die Verantwortlichen wissen nur zu gut, dass Deutschland und die EU insgesamt ihre Anstrengungen zur Stabilisierung und zur Entwicklung des Landes erheblich verstärken müssen, wollen sie ein drohendes Fiasko abwenden. Und es ist offensichtlich, dass dieses erhöhte Engagement beide Komponenten des Einsatzes umfassen muss: die zivile ebenso wie die militärische. Denn ohne ausreichende bewaffnete Absicherung bleibt die in der Tat dringend notwendige massive Ausweitung ziviler Entwicklungsprogramme nur Wunschdenken.

Doch wie soll die Regierungskoalition das dem Wähler beibringen? Eine Mehrheit der Bürger befürwortet den Rückzug aus Afghanistan. Die Bevölkerung muss also davon überzeugt werden, noch sehr viel mehr Mittel – und Risiken – in eine Sache zu investieren, die sie bereits als verloren ansieht.

In diese fatale Lage hat sich die deutsche Politik selbst gebracht. Jahrelang hatte die rot-grüne Regierung Afghanistan als Renommierprojekt friedfertigen „nation buildings“ angepriesen – im Kontrast zum vermeintlichen militaristischen Abenteuerertum der USA im Irak. So sollte die Gloriole einer „Friedensmacht Deutschland“ aufpoliert werden. Man wiegte sich seit 2002 in der Sicherheit, die USA hätten den anröchigen Teil des Afghanistanfeldzugs, nämlich die Taliban militärisch zu besiegen, bereits erledigt und Deutsche und Europäer könnten nun in Ruhe ihre friedfertigen Wohltaten über dankbare Afghanen ausschütten. Doch auch die neue Bundesregierung unter Angela Merkel brachte es nicht fertig, der Öffentlichkeit rechtzeitig reinen Wein über das tatsächliche Ausmaß der Bedrohungen einzuschenken, mit denen die Nato-Mission am Hindukusch auf lange Zeit konfrontiert ist.

Stattdessen strickten führende Koalitionspolitiker an der Legende mit, allein rüde kriegerische Methoden der Amerikaner, namentlich im Rahmen der US-Operation Enduring Freedom (OEF), seien dafür verantwortlich, dass die afghanische Bevölkerung das Vertrauen in die zivilen Aufbauleistungen der internationalen Gemeinschaft verliere. Vorbildlich für diese Hilfe, so wollte es die Legende, seien die Deutschen. Nicht in dieses Bild passte, dass die USA auch für rein zivile Aufgaben in Afghanistan ein Vielfaches der Mittel ausgeben, die von den Europäern dafür aufgewendet werden. Gerade auf dem Feld ziviler Aufbauhilfe fällt die deutsche Bilanz in Wahrheit ernüchternd aus.

Besonders die Resultate bei der Ausbildung afghanischer Polizisten sind so kümmerlich, wie es peinlich ist, dass ausgerechnet die so oft verteufelte OEF diese Aufgabe mehr und mehr an sich ziehen musste.

Vor diesem Hintergrund wirkt es wie ein Ausdruck bizarren Realitätsverlusts, dass Angela Merkel ausgerechnet jetzt die deutsche Forderung nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat erneuert hat. Denn die deutsche Außenpolitik ist noch weit davon entfernt, die von ihr angestrebte Verantwortung realpolitisch ausfüllen zu können. Auf der Ebene globaler Sicherheitspolitik muss sie gegen eine Grundstimmung in der eigenen Bevölkerung agieren, die auf Rückzug gepolt ist – nicht nur aus Afghanistan. Daher gilt Deutschland trotz seines weithin anerkannten globalen Engagements bei den Verbündeten weiterhin als unsicherer Kantonist. Ex-Außenminister Joschka Fischer nannte es kürzlich zu Recht eine verpasste Gelegenheit, dass Deutschland dem Drängen seiner Nato-Partner nicht nachkam, ihnen im umkämpften afghanischen Süden stärker zur Seite zu stehen. Auch ist es keine Empfehlung, wenn die Deutschen einen robusten UN-Einsatz in Darfur propagieren, dann aber die aktive Beteiligung an einer Schutztruppe verweigern.

Der Grund solchen Lavierens ist freilich klar: Jedes Auslandsengagement, das nach Kampfeinsatz und damit verbundenen möglichen Opfern klingt, fände im deutschen Parlament kaum eine Mehrheit. So muss die Bundesregierung die harten Realitäten stets mit beruhigender friedenspolitischer Rhetorik bemänteln, um sich überhaupt Spielräume zur Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen zu erhalten. Als ständiges UN-Sicherheitsratsmitglied aber könnte sich Deutschland solche Tabuzonen außenpolitischen Handelns nicht mehr leisten.

Die Qualifikation für einen ständigen Sitz beginnt im eigenen Land: mit offensiver Aufklärung der Deutschen über die Konsequenzen einer globalen Führungsrolle. Doch für Angela Merkel ist es allemal attraktiver, die Menschheit zur Rettung des Weltklimas zu mahnen, den Dalai Lama im Kanzleramt zu empfangen oder mit Nelson Mandela über den Frieden zu philosophieren, als unangenehme Worte über die Härten bewaffneter Friedensmissionen auszusprechen – am besten vor Ort, in Afghanistan, das zu besuchen sie bisher vermieden hat.

So droht die deutsche Außenpolitik wieder in die selbstverliebte Symbolpolitik der Schröder-Ära zurückzufallen – großen Bekenntnissen folgt zögerliches Handeln, wo es konkret und unpopulär wird. Etwa im Konflikt um Irans Atomprogramm: Zwar stimmt Merkel verbal in das Drängen des französischen Staatspräsidenten Sarkozy nach härteren Sanktionen gegen das Mullah-Regime ein. Wenn es aber darum geht, mit gemeinsamen europäischen Maßnahmen voranzugehen, bremsen die Deutschen – aus Furcht vor Verlusten für die deutsche Wirtschaft. So reißt das zu neuem transatlantischem Selbstbewusstsein erwachte Frankreich zunehmend die europäische Führungsrolle in brisanten weltpolitischen Fragen an sich. Und zumindest ein Unterschied zur Schröder-Ära wird deutlich: Als Partner für eine fiktive Achse der Guten steht dieses Frankreich nicht mehr zur Verfügung.

<http://debatte.welt.de/kommentare/43420/grenzen+der+symbolpolitik>

DIE WELT – 27.9.07

Von Richard Herzinger

UN-Reform ja – aber anders

Das der UN-Sicherheitsrat nicht einmal verbal eine angemessene verbale Verurteilung der Unterdrückung in Birma zustande gebracht hat, zeigt: Die Weltorganisation in ihrer jetzigen Form ist nicht mehr akzeptabel.

Diese Woche zeigte drastisch den beklagenswerten Zustand der Vereinten Nationen, deren Autorität an einem neuen Tiefpunkt angelangt ist. Dem Sicherheitsrat gelang es nicht einmal, eine angemessene verbale Reaktion auf die blutige Unterdrückung der friedlichen Bewegung für bürgerliche Grundfreiheiten in Birma zu verabschieden.

Es sind, wie stets, auch diese Mal vor allem China und Russland – in diesem Fall allerdings auch Indien - gewesen, die sich schützend vor Menschenrechtsverletzer gestellt haben – mit dem Argument der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“. Das ist eine Floskel, die mit der modernen Auffassung des Völkerrechts durch die UN, nach der bei eklatanten Menschenrechtsverletzungen nationale Souveränitätsrechte eingeschränkt sind, eigentlich längst in der Versenkung hätte verschwinden müssen.

Irans Staatspräsident verhöhnnte vor der UN-Vollversammlung die Institutionen der UN, sprach dem Sicherheitsrat offen jede Legitimation und einem anderen UN-Mitglied, Israel nämlich, einmal mehr das Existenzrecht ab – ohne dass er für diese Ungeheuerlichkeit den Ausschluss aus den Vereinten Nationen befürchten müsste. Nicht einmal mit schärferen Sanktionen wegen seiner Nichtbeachtung der Auflagen des Sicherheitsrates in Sachen seines Atomprogramms muss der Iran vermutlich rechnen – wegen des Widerstands Chinas und Russland, wie gehabt.

So lange die UN in dieser Weise in grundsätzlich gegensätzliche Auffassungen vom Völkerrecht gespalten ist, bleiben Deutschlands Bemühungen um eine UN-Reform gut gemeinte Völkerfamilien-Romantik. Deutschlands eigenes Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat krankt daran, dass es selbst noch immer nicht über die weltpolitische Handlungsfähigkeit verfügt, ohne die eine internationale Führungsmacht mit Vetorecht nicht auskommt. Wie sich an der Debatte über Afghanistan zeigt, agiert die Bundesregierung global zu einem guten Teil gegen eine Grundstimmung in der eigenen Bevölkerung, die auf Rückzug aus den internationalen Konfliktherden gepolt ist. Die Qualifikation für einen ständigen Sitz beginnt mit der offensiven Aufklärung der eigenen Bevölkerung über die Konsequenzen einer Rolle als globaler Führungsmacht.

Da sich die UN zunehmend als handlungsunfähig erweisen, ist der Aufbau einer Parallelstruktur im Rahmen der Vereinten Nationen notwendig: einer Allianz der Demokratien und aller Länder, die ihre Grundwerte teilen. Sie müsste, wie jetzt in der Frage schärferer Sanktionen gegen den Iran, auch über die Beschlüsse des Sicherheitsrats hinaus, Maßnahmen zur Durchsetzung einer modernen Auffassung des Völkerrechts gemeinsam ergreifen und durchsetzen.

<http://debatte.welt.de/kolumnen/78/aussenwelt/40576/unreform-ja+aber+anders>